

24.06.2020

Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum Antrag der Fraktionen von CDU und FDP „Endlager für hochradioaktiv strahlende Abfälle im deutsch-belgischen Grenzgebiet – deutsche Beteiligung am Konsultationsverfahren sicherstellen“ Drucksache 17/9817

Atom-Endlagersuche in Belgien: Landesregierung muss Beteiligung der Nachbarländer einfordern und sich gegen Laufzeitverlängerung von Bröckelreaktoren einsetzen!

I. Ausgangslage

In Belgien laufen aktuell Diskussionen den für das Jahr 2025 geplanten Atomausstieg zu verschieben. Dabei müssten die sieben maroden Blöcke der Kraftwerke Tihange und Doel eigentlich sofort abgeschaltet werden. Die NRW-Landesregierung muss den verantwortlichen Stellen auf belgischer Seite deutlich machen, dass eine Laufzeitverlängerung indiskutabel ist und sie dabei unterstützen, möglichst bald aus der Atomenergienutzung auszusteigen, zumindest aber die aktuellen Ausstiegsplanungen auch tatsächlich bis zum Jahr 2025 umzusetzen.

Das Land NRW ist in unterschiedlichen grenzüberschreitenden Konstellationen an mehreren anhängigen Klagen in Zusammenhang mit dem Betrieb der belgischen Atomreaktoren beteiligt. Auch vor diesem Hintergrund muss die Landesregierung sich im Sinne eines konsistenten Regierungshandelns konsequent für die sofortige Abschaltung der belgischen AKWs einsetzen. Dazu gehört der sofortige Ausfuhrstopp jeglicher Güter, die dem Betrieb der belgischen AKWs dienen könnten, wie bspw. Brennelementen aus der Brennelementefabrik im niedersächsischen Lingen oder deren Vorprodukte aus der Urananreicherungsanlage in Gronau im Münsterland.

Die Frage der sicheren Elektrizitätsversorgung wie auch der Endlagerung der schwach bis hochradioaktiven Stoffe sind Fragen der nationalen Sicherheit und Souveränität. Die besonderen Risiken des Betriebs von Atomkraftwerken und der Lagerung der strahlenden Abfälle, die unabhängig von den Grenzen der Nationalstaaten bestehen, verlangen jedoch nach einer stärkeren grenzüberschreitenden Kooperation und Abstimmung als dies in anderen Fragen der Energiepolitik notwendig ist.

Die für Atommüll zuständige belgische Behörde NERAS hat nun jedoch überraschend und ohne die verantwortlichen Stellen in den Nachbarstaaten zu informieren, im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung eine Konsultation für ein Atommüll-Endlager in Belgien durchgeführt. Ziel des Verfahrens ist es festzulegen, auf welche Art und Weise der Atommüll

Datum des Originals: 24.06.2020/Ausgegeben: 24.06.2020

in Belgien gelagert werden soll. Die 60-Tage-Frist begann am 15. April 2020 und endete am 13. Juni 2020, folglich während der Hochphase der Corona-Virus-Pandemie. So hatten nicht einmal die belgischen Bürgerinnen und Bürger eine angemessene Beteiligungsmöglichkeit. Es ist grundsätzlich zu begrüßen, dass Belgien seiner Verpflichtung nach EURATOM-Vertrag nachkommt, auf eigenem Staatsgebiet ein Endlager zu planen. Jedoch kann es nicht hingenommen werden, dass NERAS keine grenzüberschreitende Information und Beteiligung durchführt und damit die ESPOO-Konvention missachtet.

Doch nicht nur die Nichtbeteiligung führt bei den Menschen in den grenznahen Regionen zu großer Verunsicherung. Es ist kaum nachvollziehbar, warum die NERAS nicht erdbebengefährdeten Gebiete als mögliche Standorte für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle kategorisch ausschließt.

Die Landesregierung muss sich vor diesem Hintergrund konsequent dafür einsetzen, dass das Konsultationsverfahren verlängert und für die Bürgerinnen und Bürger der aus den angrenzenden Regionen der Nachbarstaaten geöffnet wird. Alle weiteren Schritte der belgischen Behörden müssen transparent kommuniziert und mit den Behörden und den Bürgerinnen und Bürgern in den betroffenen Nachbarstaaten koordiniert werden.

II. Beschlussfassung

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- sich verstärkt für eine sofortige Abschaltung der belgischen Atomkraftwerke einzusetzen.
- die belgische Regierung verstärkt dabei zu unterstützen spätestens bis zum Jahr 2025 aus der Atomenergienutzung auszusteigen.
- sich für einen vollständigen Exportstopp für Brennelemente, Vorprodukte und sonstige Produkte zum Betrieb der belgischen Atomreaktoren einzusetzen.
- in Abstimmung mit der belgischen Regierung sicherzustellen, dass die Nachbarstaaten an dem aktuellen Beteiligungsverfahren der Strategischen Umweltprüfung zum Standortauswahlverfahren für ein Endlager für hochradioaktive Stoffe beteiligt werden und hierbei auch Land NRW und insbesondere die Menschen in den grenznahen Regionen die Möglichkeit zur Beteiligung haben.
- weiterhin bei der belgischen Regierung eine enge Beteiligung und Abstimmung über die Ergebnisse, Schlussfolgerungen und weiteren Verfahrensschritte einzufordern.
- bei der belgischen Regierung deutlich zu machen, dass ein Endlager für hochradioaktive Stoffe in einem erdbebengefährdeten Gebiet kategorisch ausgeschlossen werden muss.

Monika Düker
Arndt Klocke
Verena Schäffer
Wibke Brems

und Fraktion